



Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
14.02.2014

Bayern schiebt Illegale ab – München macht Druck beim Freistaat!

Ich beantrage:

Der Stadtrat beschließt: Um die massenhafte illegale Anwesenheit von Ausländern zumindest im Bereich des Freistaats Bayern zu beenden, setzt sich die Landeshauptstadt München diesbezüglich mit der Staatsregierung ins Benehmen. Dem Stadtrat wird über den Erfolg oder Nichterfolg der Initiative sowie über die Entwicklung der Zahl der Abschiebungen aus Bayern berichtet.

Begründung:

Medienberichten zufolge werden derzeit in den Bundesländern viel weniger ausreisepflichtige Asylbewerber abgeschoben als gefordert. Ende 2013 lag die Zahl der „vollziehbar ausreisepflichtigen“, aber immer noch in Deutschland befindlichen Ausländer bei 131.598, erheblich mehr als im Vorjahr (118.347). Davon waren 37.090 Personen sogar „unmittelbar ausreisepflichtig“, wurden aber von den zuständigen Ländern bisher nicht abgeschoben. Die übrigen 94.508 hielten sich mit einem „Duldungs-Status“ in der Bundesrepublik auf (die Zahlen nach: <http://www.bild.de/politik/inland/asyl/bundeslaender-schieben-zu-wenig-ab-34657062.bild.html>; zuletzt abgerufen: 14.02.2014, 04.08 Uhr; KR).

Es ist völlig inakzeptabel, daß sich 131.598 Ausländer illegal in Deutschland aufhalten, aber weder abgeschoben noch wegen illegalen Aufenthalts in der Bundesrepublik bestraft werden. Diese massenhafte Duldung eines illegalen Aufenthalts in Deutschland muß nicht nur weitere ungezählte Fremde in aller Welt ermutigen, sich ebenfalls auf den Weg in Richtung Bundesrepublik zu machen – in der berechtigten Hoffnung, daß man dort dauerhaft geduldet wird, wenn man es erst einmal hierher geschafft hat -, sondern stellt zudem eine geradezu irrwitzige Belastung des deutschen Steuerzahlers dar, die nicht sein müßte.

Da auch der Freistaat Bayern seiner Abschiebepflicht nicht nachkommt, ist es im

b.w.

Interesse des Rechtsstaates ebenso wie der einheimischen Steuerzahler, die für die massenhafte Duldung illegal in Deutschland lebender Ausländer aufkommen müssen, dringend geboten, der Staatsregierung Beine zu machen. Hinreichendes politisches Gewicht könnte dabei die Landeshauptstadt München in die Waagschale werfen, die mit einem ausländischen Bevölkerungsanteil von rund 23 Prozent und weiteren ca. 37 Prozent Migrationshintergründern selbst in erheblichem Maße vom illegalen Aufenthalt von Ausländern betroffen ist.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Volksabstimmung in der Schweiz, bei der sich eine Mehrheit der Stimmberechtigten für eine Begrenzung jeder weiteren Zuwanderung ausgesprochen hat, ist der Zeitpunkt auch in Deutschland günstig, um Bewegung in die bundesdeutsche Ausländerpolitik zu bringen und zunächst den Mißstand der völlig inakzeptablen Zahl von weit über 100.000 illegal in Deutschland lebenden Ausländern in legaler und befriedigender Weise zu beheben.

Um die Öffentlichkeit in angemessener Weise an der Behebung des angesprochenen Problems zu beteiligen, erscheint es sinnvoll, daß Stadtrat und Öffentlichkeit über den Erfolg der Initiative und die weitere Abschiebep Praxis im Freistaat in Kenntnis gesetzt werden.



Karl Richter
Stadtrat